

Pressemitteilung
Flensburg, 18.06.2026

Erschreckende Zahlen – SSW- Ratsfraktion fordert sofortige Maßnahmen

Zum ersten Tertialbericht der Verwaltung zur Obdach- und Wohnungslosigkeit in Flensburg, welcher ursprünglich von der SSW-Ratsfraktion in Auftrag gegeben wurde, erklärt Henning Schockemöhle, Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit (SuG):

Der vorgelegte Bericht der Verwaltung macht das Ausmaß der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Flensburg schonungslos sichtbar. Mehr als eine Zwangsräumung pro Woche wird in unserer Stadt vollzogen. Rund 350 Personen mussten allein im Jahr 2025 in städtischen Unterkünften untergebracht werden.

Besonders alarmierend sind die ergänzenden Informationen aus einer parallel beantworteten Anfrage der SSW-Ratsfraktion: Ganze Bedarfsgruppen mit besonderen Problemlagen werden systematisch aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht untergebracht. Die Fachstelle leistet engagierte Arbeit, ist jedoch strukturell nicht in der Lage, die von Hilfsorganisationen geforderten Mindeststandards für eine menschenwürdige Unterbringung zu erfüllen. Die SSW-Ratsfraktion hat den Bericht bewusst in Auftrag gegeben, um Fakten auf den Tisch zu legen – und die Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Schockemöhle betont: „Es kann nicht sein, dass Menschen, die bei einem Kapazitätsmangel eigentlich ein Recht auf externe Unterbringung hätten, aufgrund von bürokratischen Hürden in prekären Lebenssituationen verbleiben.“

Die SSW-Ratsfraktion fordert daher konkrete Maßnahmen: Kommunale Mindeststandards für die ordnungsrechtliche Unterbringung, die über die unzureichenden gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, einen quantitativen und qualitativen Ausbau der Gesamtkapazitäten, eine stärkere Berücksichtigung von Wohnungslosen auf dem Wohnungsmarkt sowie eine aktive Unterstützung aller Betroffenen bei der Antragstellung.

Obdach- und Wohnungslosigkeit ist kein Schicksal – sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Die SSW-Ratsfraktion wird weiter dafür eintreten,

dass Flensburg seiner Verantwortung gegenüber den Schwächsten in unserer Gesellschaft gerecht wird.